



PRESSEGESPRÄCH

„Klimaschutz und Ausstieg aus fossiler Heizungstechnik“

Dienstag, 25. April 2023, 11.00 Uhr

Ämterhaus der Stadt Remscheid Elberfelder Str. 32

Raum 318

Nachfolgende Ausführungen von

Cliff Zache

Selbständiger Handwerksmeister im SHK-Handwerk

Zache GmbH & Co. KG

Vorstandsmitglied der Innung für Sanitär- und
Heizungstechnik Remscheid

Stellv. Vorsitzender der Klima-Allianz

Wärmewende live erlebt in der täglichen Praxis

Der CO₂-Ausstoß muss weltweit drastisch reduziert werden, das steht außer Frage und auch der Letzte sieht die Notwendigkeit. Auch Deutschland hat und trägt große Verantwortung, im Prinzip jeder Einzelne im Rahmen seiner Möglichkeiten. Das verpflichtende Ziel der Bundesregierung ist Klimaneutralität bis 2045 lt. Klimaschutzgesetz. Der Gebäudesektor mit dessen Beheizung ist eine der Schlüsseldisziplinen im Co²-Ausstoss und verfehlt die Vorgaben der Emissionen regelmäßig.

Aus diesem Grund hat die Bundesregierung als Entwurf das Gebäudeenergiegesetz im Entwurf geändert, dieses soll nun zukünftig die Leitlinien festlegen und eine Beschleunigung der Reduktionen herbeiführen. Werden Heizungen für Gebäude saniert müssen diese 65 % der Heizungsenergie regenerativ mit Umweltwärme zur Verfügung stellen.

In ihren Gedanken die Welt zu retten geplant, wurde im Entwurf aber die Mitnahme, das Verständnis und die wirtschaftliche Möglichkeit eines jeden Bürgers mehr oder minder vergessen, so fühlt es sich zumindest an. Auch ist die praktische Umsetzung in der Realität oftmals weder einfach, noch preiswert zu lösen.

Daran ändert z.B. auch nichts die Aussage der Förderung oder die Aussage, dass es für Jeden tragbar sein kann. Und wenn man jetzt mal die sehr kurzfristigen Vorgaben auf jeden Einzelnen runterbricht ergibt sich einfach eine große Unsicherheit. Jeder den es betrifft hat davon gehört, Mieter, Kommune, Hausbesitzer oder, oder. De facto führt das Hin und Her zu einer deutlichen Zurückhaltung nach Gewöhnung/Abflachen Ukrainekonflikt aus dem unmittelbaren Fokus heraus. Kaufkraftverlust durch Inflation mit dessen Folgen schüren die Zurückhaltung in der Gesellschaft im Sanierungsgeschäft weiter.

Gefühlt bewirkt der Gesetzesentwurf zur Wärmewende in diesem Jahr bei nicht klaren Sanierungsfällen, also wo das Haus noch nicht entsprechend auf Zukunft ausgerichtet ist, zum Vorziehen von Anlagentauschen mit dem Ergebnis der weiteren langjährigen Nutzung fossiler Energie über Jahrzehnte, also eigentlich genau dem gewünschten Gegenteil. Der weitgedehnte Leitgedanke von Bio und Umweltverträglichkeit während Corona weicht dem persönlichen kurzgesprungenen Spar- und Sicherheitsgedanken. Kann man sogar verstehen, wenn man nicht sicher weiß wie es konkret weitergeht und gefühlt jede Woche von der Politik eine „neue Sau“ durchs Dorf getrieben wurde.

Auch ist nicht immer die Wärmepumpe erste Wahl für jede Immobilie und auch nicht die richtige Empfehlung. Sie spart auch nicht zwangsläufig Energie und Kosten, hier sind weitere fachkundige Blicke zwingend notwendig. Jede Immobilie, jede Nutzung, jede Anforderung und jedes Budget sind individuell: Wie ist das Alter und viel wichtiger der Sanierungsgrad des Gebäudes? Gibt es Nachbarn und wie ist die Lage derer schutzbedürftigen Räume? Wie wird Warmwasser produziert, wie sieht die Stromseite aus und gibt es Vorgaben vom hiesigen Versorger, ist eine Photovoltaikanlage zur Produktion des benötigten Stromes angedacht etc., etc.? Da WP aber deutlich komplexer in der Planung sind, diese ist aber wiederum entscheidend für eine betriebsarme und langjährig betriebssichere WP, ist die Wärmewende konkret vor Ort nur nachhaltig und langfristig umzusetzen.

Dafür werden diverse Spezialisten gebraucht; regional vor Ort und persönlich. Bedingt durch Fachkräftemangel und derzeit oftmals -noch- nicht ausreichend ausgebildeten WP-Spezialisten, ist das neben den Lieferschwierigkeiten der Hersteller genau der Flaschenhals für eine fachgerechte Beratung und Sensibilisierung vor Ort und damit bei Einzelnen das KO der Wärmewende für mehrere Jahrzehnte.

Vorgeschriebene Heizlastberechnungen und gut vorbereitete Förderanträge sind eine weitere Voraussetzung für eine wirtschaftliche Umsetzung und machen die WP zumindest bezahlbar bei langjähriger Nutzung. Hier empfiehlt sich evtl. der Dialog mit dem Energieberater zur Erstellung des mit 50 % geförderten individuellen Sanierungsfahrplanes, kurz ISFP. Man erkennt schnell, dass im normalen Procedere bis zur fertigen Heizung diverse Akteure (wenn sie denn verfügbar sind) in die richtige Reihenfolge gebracht werden müssen und ein Nichtfachmann schnell scheitern kann oder es durch die jetzige Zeit schlicht nicht möglich ist. Es ist und bleibt, die Prüfung vor Ort, eine fachgerechte Planung sowie Vertrauensbeziehung mit dem kompetenten Wärmespezialisten sollte der erste Schritt sein.

Ein Ausweg aus der Misere wäre, dass auch die Umsetzung im ersten Schritt bedeuten kann, dass alte Heizungsanlagen zunächst erst auf fossile Energien durch moderne und sparsame Spezial-Anlagen ersetzt werden und diese dann im zweiten Schritt erst um eine WP sinnvoll ergänzt werden.

Hier wäre zumindest die realistische Chance von Handwerkerkapazitäten, Warenverfügbarkeit, Klimaschutz und Ergänzung der Systeme mit nachhaltigem Gedanken gegeben und faktisch möglich und bezahlbar. Hier bleibt es nicht bei Vorgaben, sondern es gibt hemdsärmlich gesagt auch eine Umsetzung vor Ort, die möglich ist.

Diese speziellen Systeme sind im Markt mittlerweile erhältlich, tragen dem notwendigen Umweltgedanken Rechnung und geben dem Handwerk und Herstellern gleichermaßen die Chance, sich zu qualifizieren und die Systeme bereitzustellen und einzubauen.



Spahn geht Ministerin an:

„Sie nehmen nicht wahr, was los ist im Land“

Ist der Plan mit den neuen Heizungen zu schnell, zu teuer, zu radikal? Bei „Anne Will“ streiten die Gäste über den richtigen Weg, klimaneutral zu heizen. Die FDP will blockieren – aus Wahl-Taktik?

Von FOCUS-online-Autorin Carin Pawlak.

Es steht fest: Ab Januar 2024 darf keine Heizung mehr eingebaut werden, die mit fossiler Energie betrieben wird. Also, kein Öl und kein Gas. Aber kommt das wirklich? Am Wochenende hat [die FDP](#) auf ihrem Parteitag beschlossen: „Mit der FDP wird es kein Verbotsgesetz geben.“ Heißt im Klartext – wieder einmal rumpelt es gewaltig in der Ampel-Regierung. Ist es vielleicht so, wie Ann-Kathrin Büsker von Deutschlandfunk beim [ARD](#)-Talk „Anne Will“ mutmaßt: Die FDP müsse in Bremen Wahlen bestehen. Deshalb jetzt ein Signal an die Bürgerinnen und Bürger: Wir sind bei euch!

Wenig Geld, höhere Förderungen – das scheint nicht ausgemacht

„Das Ende von Öl- und Gasheizungen – Höchste Zeit oder überstürzter Plan?“, lautet das Thema bei „Anne Will“ am Sonntagabend. Es sieht sich in der Verantwortung Klara Geywitz, SPD-Bundesbauministerin. „Wir haben uns das nicht einfach gemacht“, konstatiert sie. Aber, wenn das Gesetz am Ende doch nicht wie geplant komme? „Dann investieren wir gutes Geld in veraltete Technologien.“ Und, auch das verspricht die [SPD-Politikerin](#): „Wenn man wenig Geld hat, bekommt man höhere Förderungen.“ Das streiten Jens Spahn, CDU, und Kai Warn-ecke, Präsident Haus & Grund Deutschland, rundweg ab. „Das Gesetz ist blumig“, sagt Warn-ecke trocken. Das assistiert sehr deutlich der [CDU-Politiker](#) Spahn: „Diese Art macht die Akzeptanz von Klimaschutz kaputt.“

Heizen für alle? Der Villenbesitzer profitiert genauso

Es sieht Journalistin Ann-Kathrin Büsker vom Deutschlandfunk eine Wahl-Taktik der FDP, die demnächst bei den Wahlen in Bremen punkten soll. „Die FDP grenzt sich ab gegen den grünen Koalitionspartner.“ Die Förderung für umweltfreundliche Heizungen sei ungenau. Dies heißt: Der Villenbesitzer profitiere ebenso wie der Besitzer des kleinen Hauses. Jens Spahn, CDU,

postuliert hart: „Die Wärmewende wird zur Chaoswende.“ Und weiter schießt er seine Kritik in Richtung Ministerin Klara Geywitz: „Sie nehmen nicht so richtig wahr, was los ist im Land.“

Brechstange und Schnaps – soll das beim Heizen helfen?

CDU-Mann Jens Spahn denkt: „Es ist nicht klar, was ab 01.01.2024 gilt“. Und diese Unklarheit beim Heizen „führt zu Frust und Verunsicherung“. Was ist denn sein Vorschlag? Ein Jahr längere Übergangsfrist zum Beispiel. „Das eine Jahr macht fürs Klima keinen Unterschied.“ Was die Ampel-Regierung jetzt plane – und damit zitiert er mehrmals seinen Parteichef Friedrich Merz – sei der Weg mit der Brechstange. Journalistin Büsker hakt ein: „Jedes Mal, wenn Sie, Brechstange` sagen, trinken wir einen Schnaps – und dann schaffen wir die Sendung nicht.“

Deutschland hat einen Mangel – China und die USA übernehmen gerne

Kai Warnecke ist Präsident von Haus & Grund Deutschland. Er warnt eindringlich: „Die Preise werden nicht fallen. Eine Hybrid-Heizung kostet 60.000 Euro.“ Und in Deutschland gibt es derzeit viel zu wenige Produzenten und Handwerker, die liefern können. Immerhin in diesem Punkt ist er sich mit SPD-Ministerin Klara Geywitz einig. Dieser Technik-Mangel animiere Länder wie [China](#) und die USA. Das ist eine schlechte Aussicht. Denn China und USA scharren in der Tat mit den Hufen, den Mangel-Markt zu übernehmen.

Wir über uns



Was wir wollen

Wir möchten, dass Remscheid eine klimafreundliche Stadt wird.



Die Mitglieder der Klima-Allianz Remscheid e. V. engagieren sich für eine nachhaltige Energieverwendung und -versorgung sowie für einen hochgradig effizienten Umgang mit den natürlichen Rohstoffen. Damit leisten wir einen lokalen Beitrag zur Verminderung der Freisetzung von klimaschädlichen Gasen um die Auswirkungen des globalen Klimawandels zu begrenzen. Gleichrangig daneben streben wir die bestmögliche Schonung der Ressourcen und die Steigerung der regionalen Wertschöpfung an.

Durch das Zusammenführen der Kompetenzen der einzelnen Mitglieder der Klima-Allianz Remscheid e. V. auf den verschiedensten Gebieten wollen wir stets neue und auf breiter Basis angelegte Projekte für den Klima- und Ressourcenschutz in Remscheid entwickeln und umsetzen. Zu diesem Zweck bündeln wir unsere Kräfte, um so noch mehr für den Klima- und Ressourcenschutz in Remscheid zu erreichen, wie dies in der Summe der Bemühungen der einzelnen Partner möglich ist.

Dabei wird ein besonderes Augenmerk darauf gerichtet, dass die Tätigkeiten der Allianz dem Wohl der Remscheider Bevölkerung dienen und mit positiven Impulsen für die heimische Wirtschaft verbunden sind.

Weitere umfassende Informationen unter:

<https://klima-allianz-remscheid.de/>

Die Initiative für die Bildung der Klima-Allianz Remscheid ging vom Rat der Stadt Remscheid aus, der am 12.05.2011 hierzu einen einstimmigen Beschluss gefasst hat.

Aus ihr wurde mittlerweile ein eingetragener Verein: Am 14. April 2015 fand die Gründungsversammlung für den Verein "Klima-Allianz Remscheid e. V." statt. 17 Gründungsmitglieder unterzeichneten die Satzungsurkunde. Nachdem die Partner lange Zeit als Netzwerk zusammen gearbeitet haben, soll nun ein Verein die gemeinsame Arbeit noch mehr stärken.

Die Gründungsmitglieder der Klima-Allianz Remscheid e. V. sind:

Bau-Innung Remscheid, Dachdecker-Innung Remscheid, DIE LINKE Kreisverband Remscheid, EWR GmbH, GEWAG, Innung für elektrotechnische Handwerke Remscheid, Innung für Sanitär-

und Heizungstechnik Remscheid, Kreishandwerkerschaft Remscheid, Maler- und Lackierer-Innung Remscheid, Stadt Remscheid, Stadtparkasse Remscheid, Volksbank im Bergischen Land eG (bis 1.8.2017 Volksbank Remscheid-Solingen eG), Frau Denise Abé, Frau Susanne Fiedler, Herr Hans-Lothar Schiffer, Herr Peter-Edmund Uibel, Herr Armin Zache.

Zum geschäftsführenden Vorstand wurden am 09.04.2019 Herr Fred Schulz (Geschäftsführer der Kreishandwerkerschaft Remscheid), Herr Cliff Zache (Zache GmbH & Co. KG) und Frau Susanne Fiedler gewählt.

Weitere Teilnehmer sind dem Verein jederzeit willkommen und von großer Bedeutung für die kontinuierliche Steigerung der Leistungsfähigkeit und den dauerhaften Erfolg der Klima-Allianz Remscheid e. V..



Zur Sache:

Die Büchse der Pandora – der Entwurf des neuen GEG

von Hauptgeschäftsführer Hans-Peter Sproten (Fachverband SHK NRW)

Trotz der Hinweise und Einsprüche der Fachkreise, die sich nach Inkrafttreten tatsächlich mit den Konsequenzen unausgeglichener Politikpromisse im Rahmen einer Monsterverordnung, dem neuen Gebäudeenergiegesetz (GEG), auseinandersetzen müssen, bastelt die Bundesregierung weiter an irrationalen Vorgaben. Der vorliegende Entwurf, der nicht nur bei den Bau- und Ausbaugewerken, sondern auch bei Immobilienbesitzern, Immobilienverwaltungen und Betreibern öffentlicher Gebäude mehrheitlich auf Kopfschütteln trifft, wird leider nicht die Umweltentlastung bringen, die von seinen Treibern erhofft und prophezeit wird.

Es deutet sich eine komplett diktierte Elektrifizierung an, die so keinesfalls umgesetzt werden kann. Dass es in einem modernen Industriestaat nicht mehr möglich sein soll, innovative und bezahlbare Technologien einzusetzen, deren Entwicklung Deutschland einmal stark gemacht haben, und für die Beheizung und Warmwasserbereitung faktisch nur noch ein Basisprodukt verwendet werden soll, ist schier unfassbar. Das dafür Millionen Nutzer mit abenteuerlichen Kosten zur Kasse gebeten werden, nimmt man billigend in Kauf und verweist auf staatliche Unterstützung. Nun ist es offenbar endgültig vorbei mit der freiheitlichen Energiewahl und dem noch vor wenigen Jahren offensiv geführten Kampf gegen „Abhängigkeiten von Energieversorgern als Monopolisten“. Denn jetzt wird sogar noch ein Zahn zugelegt: Die Abhängigkeit von Nah- und Fernwärmeanbietern, die ja nur das Beste wollen für die in ihren Quartieren abhängig gemachten Nutzer. Und damit auch eine Geschichte draus wird, soll die Effizienz natürlich auch hierbei überprüft werden, und das regelmäßig und stringent. Spannend, dass da wieder das Schornsteinfegerhandwerk ins Spiel kommt, denn die prüfen - wie der Name schon sagt - nochmal was?

Eins vorweg: Das SHK-Handwerk steht auch für die Wärmepumpe. Das ist klar. Trotzdem – die Effizienz elektrischer Heizsysteme, wie die von der Bundesregierung stark glorifizierte Wärmepumpe, gehen aber mit hochwärmegeprägten Gebäuden einher; mit neuen Fenstern, Dachdämmung, Fassadendämmung, großen Heizflächen und mit erschwinglichen Strompreisen. Und genau hier öffnet sich die Büchse der Pandora ganz, ganz weit: Solche Maßnahmen sind eben für den Großteil der Menschen in Deutschland nicht erschwinglich. Sofern sie nämlich überhaupt vom Eigentümer realisiert werden (können), zahlt spätestens der Mieter die Rechnung. Dass ein Finanzministerium nun die Plattitüde „wir lassen keinen im Stich“ doch relativiert, deutet darauf hin, dass die nun notwendig werdende Unterstützungsleistung für große Teile der Bevölkerung um gewaltige Summen erhöht werden müsste, wie gesagt: Müsste.

Die Förderung müsste langfristig, verlässlich sowie unkompliziert aufgesetzt werden und eben nicht wie in der Vergangenheit über kurzfristig angekündigte, beschränkte Töpfe überwacht von einer überlasteten Förderbehörde.

Warum die steuerliche Erleichterung solcher Maßnahmen – wie ja bereits einmal erfolgreich mit dem § 82a EStDV praktiziert – nicht mehr ins Auge gefasst wird, das dürfte ein Geheimnis bleiben. Die Begründungen dazu, insbesondere über die ja ohnehin immer gern als Feigenblatt dienenden „Europarechtlichen Bedenken“, sind schon durchaus interessant.

Neben ungezählten Fragen, beispielsweise nach dem erforderlich werdenden gigantischen Stromangebot, dass bei diesem Vorhaben ja eigentlich nur aus Umweltenergien stammen darf; den dazugehörigen Netzen, die natürlich auch dem gleichzeitigen Hochfahren der E-Mobilität Rechnung tragen; der unüberschaubar anmutenden Investitionssumme zur Ertüchtigung von Millionen Gebäuden, immer verbunden mit Material- und Lieferengpässen, muss am Ende aber auch die Frage gestattet sein: Wer soll nach der nächsten Bundestagswahl diese Suppe auslöffeln?

Bevölkerung und Wirtschaft mit Verordnungsvorgaben und immer weiteren Kontrollen unter Druck setzen zu wollen, ist bislang fast immer gescheitert. Beste Beispiele sind ja die, dem neuen GEG-Entwurf vorgeschalteten Verordnungen: Über Jahrzehnte hinweg haben weder Wärmeschutzverordnung, Heizungsanlagenverordnung, Energieeinsparverordnung noch das derzeit gültige Gebäudeenergiegesetz dazu geführt, dass die dort vorgeschriebenen Maßnahmen zufriedenstellend umgesetzt wurden. Bestes Beispiel der Verweigerungshaltung sind die Defizite in und an Gebäuden der öffentlichen Hand selbst. Allein diese rasch auf den erwünschten Stand zu bringen, erscheint unrealistisch.

Die dringenden Erfordernisse rasch viel CO₂ einzusparen, können weder erzwungen noch vermeintlich über Förderungen erkaufte werden. Um tiefe Einschnitte in die Immobilien- und Baubranche und damit auch in das gesamte Wirtschaftssystem Deutschlands zu vermeiden, müssen andere Wege beschritten werden, die nicht von vorneherein Abwehrhaltungen auslösen. Nicht anders ist der aberwitzige Anstieg neu verbauter Gas- und Ölheizungen in 2023 zu erklären. Um es noch einmal deutlich auszudrücken: Die Energiewende kann nicht mit öffentlichen Förderungen in abenteuerlichen Größenordnungen erkaufte werden. Denn der Gebäudereich in Deutschland ist ja nur eine - für die hier Betroffenen zwar große aber im Verhältnis zum tatsächlichen Ziel, einer weltweit so dringend erforderlichen CO₂-Einsparung - winzige Maßnahme, für die eine Schwächung unserer Wirtschaft nicht in Kauf genommen werden darf. Denn dies dürfte die so wichtigen langfristigen Investitionen für weitere Maßnahmen zu Nichte machen.

Es gibt intelligente und real umsetzbare Möglichkeiten, die Immissionen auch rasch zu senken und genau dafür steht das SHK-Handwerk seit vielen Jahrzehnten gegenüber seinen Kunden, die langfristig auf ihren SHK-Profi vertrauen. Wir können und werden unsere Anstrengungen im Schulterschluss mit den betroffenen Gewerken daher auch weiterhin verstärken. Ebenso muss man sich dazu in den politischen Kreisen vom Festhalten an unrealistischen Wahlversprechen und dem Gedanken, CO₂-Musterschüler werden zu wollen, befreien. Die Menschen werden dies verstehen, ebenso wie die Tatsache, dass die erforderlichen Maßnahmen immer den privaten Geldbeutel treffen. Jedoch muss Anwendern und Nutzern auch weiterhin das möglich sein, was einen freiheitlichen Staat ausmacht:

Wahlmöglichkeiten der Technologie, deren Nutzung und Anpassung in der individuellen energetischen Anwendung. Die damit verbundenen emissionstechnischen Vorgaben sind dagegen Staatsaufgabe und letztlich auch durch den Staat – in welcher Form auch immer – stringent zu prüfen. Denn wer für hohe Emissionen viel zahlen muss, wird ganz rasch neue Wege suchen und in einer tatsächlich technologieoffenen Welt dann auch Lösungen finden können.